

„Wir müssen das Aufstiegsversprechen wieder Realität werden lassen“

Dennis Radtke

Geboren 1979 in Bochum-Wattenscheid, Mitglied der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und Koordinator seiner Fraktion im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, Bundesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA).

Über Existenzängste in der Industrie, verunsicherte Arbeitnehmer und erforderliche Sozialreformen

Bei Ihrer Wahl zum Bundesvorsitzenden der CDA im September 2024 titelten die Zeitungen: „Arbeiterführer der CDU“. Sehen Sie sich als „Arbeiterführer“?

Das ist ein antiquierter und klischeebehafteter Begriff, der ein bisschen Patina angesetzt hat. Er kommt aus einer Zeit, in der im gewerkschaftlichen Kontext die Stellung eines klassischen Arbeiterführers eine andere war. Ich sehe mich nicht als Arbeiterführer, sondern als Sprachrohr in



Foto: © Paul Schneider

der CDU – einmal für alle Menschen in der CDU, denen Arbeitnehmerthemen und Sozialbelange wichtig sind, aber auch als Sprachrohr in die CDU hinein, was diesen Themenkreis angeht. Ich kann den journalistischen Wunsch nach einem prägnanten Begriff verstehen, ich selbst verstehe meine Rolle aber anders.

Gibt es heute noch eine „Arbeiterklasse“?

Sicherlich nicht mehr in dem Sinne, wie es die Arbeiterklasse im 19. Jahrhundert gegeben hat. Ich habe viele Jahre als Gewerkschaftssekretär gearbeitet. Warum heißt es eigentlich „Gewerkschaftssekretär“? Das kommt aus einer Zeit, in der die meisten Arbeiter nicht lesen und schreiben konnten. Sie haben damals Geld zusammengelegt für jemanden, der lesen und schreiben konnte, ihnen ihre Rechte erklärt und sich für ihre Rechte eingesetzt hat. An dem Punkt sind wir heute nicht mehr. Wenn man die Industriearbeiterschaft heute betrachtet, so sind die Berufe und die Ausbildung auf einem ganz anderen Niveau; auch das Schutzniveau ist ein anderes. Dennoch haben wir immer noch ein gewisses Prekariat, wenn wir uns bestimmte Beschäftigungsverhältnisse, etwa die Scheinselbstständigkeit, ansehen. Was wir da sehen, kann man manchmal sicherlich mit der Situation der Arbeiterklasse im 19. Jahrhundert vergleichen. Insgesamt aber hat sich der Arbeiterbegriff völlig gewandelt.

Die Soziale Marktwirtschaft hat auch die Arbeiterschaft durch Aufstiegschancen für sich gewonnen. Ist das Aufstiegsversprechen vorbei?

Ich glaube, das Aufstiegsversprechen ist kaputt, das muss man leider so feststellen; es ist aus meiner Sicht eine schleichende Entwicklung der letzten dreißig Jahre gewesen. Wenn ich die Geschichte meiner eigenen Familie rekapituliere: Meine Großeltern haben nach dem Krieg wie die allermeisten in dieser Generation mit nichts angefangen; sie haben aber die Möglichkeit gehabt, sich durch harte Arbeit und viel Disziplin ein kleines bisschen Wohlstand aufzubauen. Ein kleines Reihenhäuschen, auch als Basis des Wohlstandes für die nächste Generation. Mein Vater hat wie viele in seiner Generation „nur“ einen Volksschulabschluss, sich aber auf dem zweiten Bildungsweg weitergebildet und seinen beruflichen Weg gemacht. Das ist die Basis, auf der meine Geschwister und ich aufbauen konnten.

Heute sind wir in der Situation, dass junge Menschen zum Studium bei ihren Eltern ausziehen und nach dem Studium wieder einziehen, weil sie sich mit der Vergütung bei ihrem Berufseinstieg nicht einmal eine eigene Wohnung leisten können. Wenn Menschen aus der Mitte der Gesellschaft, die hart arbeiten, keine Chance haben, zu Eigentum zu kommen, ohne dass sie etwas erben, dann ist ein wesentlicher Teil dieses Aufstiegsversprechens kaputt. Zum Aufstiegsversprechen gehörte immer, dass, wenn du dich anstrengst, dann hast du auch etwas davon, dann hast du mehr als diejenigen, die sich nicht anstrengen. Wenn ich aber sehe, wie viele junge Familien sich anstrengen, jeden Monat hart arbeiten und trotzdem kaum über die Runden kommen, weil wir bei den Lebenshaltungskosten eine Entwicklung haben, die für viele in der Mitte der Gesellschaft mittlerweile erdrückend ist, dann kann man nicht mehr das Hohelied auf das Aufstiegsversprechen singen. Ich finde, das ist eine politische Aufgabenstellung für die CDU, für uns als Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Wir müssen das Aufstiegsversprechen wieder Realität werden lassen.

In der Industrie werden im großen Stil Stellen abgebaut. Wie schätzen Sie die derzeitige Lage ein?

Die Lage ist hoch dramatisch. Wir verlieren seit über einem Jahr jeden Monat in der Industrie 10.000 Arbeitsplätze. Da habe ich noch nicht über industrienaher Dienstleister und andere Bereiche gesprochen. Die Gründe dafür sind komplex, es hat viel mit den Energiepreisen zu tun, die bei uns in Deutschland im europäischen und internationalen Vergleich überdurchschnittlich hoch sind. Es hat auch viel zu tun mit den Kosten für Bürokratie und der hohen Regulungsdichte. Der Krieg im Iran und die Schließung der Straße von Hormus sind in einer sowieso schon

angespannten Situation eine zusätzliche Belastung für die Industrie. Wenn man dieser Tage mit Industrievertretern spricht, stellt man fest: Da ist mächtig Druck, und an vielen Stellen machen sich Existenzängste breit.

Wie verunsichert sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Industrie?

Sie sind extrem verunsichert. Wir sehen das unter anderem auch bei den Wahlergebnissen. Die Menschen stimmen auch deshalb so ab, weil sie den Eindruck haben, die politische Mitte kümmere sich nicht ausreichend um ihre Probleme, und diese würden unter wolkigen Schlagworten wie Transformation wegetuschiert. Die Ergebnisse und die Zustimmungswerte für die AfD in der Industriearbeiterschaft sind sehr hoch. Wir sehen das auch an einigen Stellen bei den derzeitigen Betriebsratswahlen. Bei Mercedes Benz in Stuttgart-Untertürkheim hat eine AfD-nahe Liste 21 Prozent geholt. Insgesamt ist das eine dramatische Entwicklung.

Ich sehe zwei Aufgabenstellungen: Die eine ist die Verantwortung, die die Sozialdemokratie hat. Sie muss sich mit der Frage beschäftigen, warum es ihr nicht mehr gelingt, ihre ehemalige Kernwählerschaft zu erreichen. Ich sehe da auch eine gigantische kulturelle Entfremdung. Man hat manchmal, wenn Sozialdemokraten über Industriearbeitsplätze sprechen, den Eindruck, dass man die Menschen bedauert, die dort arbeiten müssen. Dabei erkennt man, dass diese Menschen dort gern arbeiten, dass sie ihren Arbeitsplatz behalten möchten und dass sie eine andere Anspruchshaltung gegenüber der Politik haben.

Und die andere Aufgabenstellung richtet sich an meine eigene Partei. Wir müssen uns mit folgender Frage beschäftigen: Wenn die Sozialdemokraten schon nicht mehr in der Lage sind, ihre ehemalige Kernwählerschaft zu erreichen, wie müssen wir unser Angebot, unsere politische Kommunikation verändern, um diese Menschen für uns zu gewinnen und damit zu verhindern, dass sie zur AfD gehen?

Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg erreichte die SPD unter Arbeitnehmern 5, die CDU 21, die AfD rund 37 Prozent. Die CDU ist also nur auf Platz 2 ...

Das betrifft erneut das Thema politische Kommunikation. Es ist nicht nur eine Frage der Programmatik, sondern es ist auch eine Frage, wie verkaufe und adressiere ich bestimmte Inhalte. Wenn wir uns sprachlich, auch in der Ansprache der Leute, nicht mehr substantiell von einem durchschnittlichen McKinsey-Berater unterscheiden, wird es schwer, bestimmte Menschen zu erreichen. Unsere Botschaft muss klar sein: Wenn wir uns industriepolitisch positionieren, müssen wir darüber sprechen, dass es unser Anspruch ist, Industriearbeitsplätze in Deutschland

zu halten. Ich glaube, da ist, was die Kommunikation und die Ausrichtung der eigenen Antennen angeht, bei der CDU noch Luft nach oben. Da waren wir schon mal besser.

Nur noch knapp jeder dritte Beschäftigte wird in der Privatwirtschaft durch einen Betriebsrat vertreten. Wie ordnen Sie das ein?

Diese Entwicklung ist hoch dramatisch, und sie verläuft auch ein Stück weit analog zu dem, was wir in der Tarifbindung sehen. Wir sind auch da auf einem historischen Niedrigstand. Wir haben in Deutschland in etwa eine Tarifbindung von 50 Prozent; wenn wir den öffentlichen Dienst ausnehmen und uns nur die Privatwirtschaft ansehen, sind wir bei 30 Prozent. Die Gründe dafür sind sehr unterschiedlich. Es gibt einerseits Arbeitgeber, die sich verweigern und blockieren. Andererseits gibt es auch an einigen Stellen Schwierigkeiten, überhaupt noch Menschen zu finden, die bereit sind, in einem Betriebsratsgremium Verantwortung zu übernehmen.

Wir hatten in Deutschland zwei große Kommissionen, die letzte noch unter Führung von Kurt Biedenkopf, die sich mit der Frage der Mitbestimmung in Deutschland beschäftigt haben. Die Kommissionen kamen zu dem Ergebnis, dass Mitbestimmung ein Standortvorteil und kein Standortnachteil ist. Das erleben wir auch immer wieder in Krisensituationen, 2008 bei der Finanzkrise, bei der Coronakrise und während der Energiepreiskrise zu Beginn des Angriffskrieges gegen die Ukraine. Die Mitbestimmung ist ein Wettbewerbsvorteil und kein Wettbewerbsnachteil. Trotzdem ist die Entwicklung rückläufig, und das halte ich für besorgniserregend.

In den letzten Wochen gab es eine lebhafte Debatte unter anderem über Mehrarbeit, die Rente mit 70, die Einführung von Karenztagen, „Lifestyle“-Teilzeit und geringere Sozialleistungen. Wie haben Sie diese Debatte wahrgenommen?

Ich bin über diese Debatte irritiert, an einigen Stellen auch verstört. Die Debatten waren nicht hilfreich, nicht nur mit Blick auf das Wahlergebnis in Baden-Württemberg, sondern sie versperren auch den Weg hin zu Reformen. Deswegen werde ich nicht müde, dafür zu werben, dass die Reformdebatten, vor allem über die des Sozialstaates, stärker gebündelt und strukturiert werden müssen. Selbst wenn es berechtigte Anliegen sind und ein pointierter Einzelvorschlag in die Arena geworfen wird, der das halbe Land triggert, wie bei der „Lifestyle“-Teilzeit und der Frage zum Zahnersatz geschehen, dann ist die Diskussion in der Sache vollkommen versperrt, weil das Land emotionalisiert ist. Es schadet uns auch in der Wahrnehmung. Wenn der Eindruck entsteht, die CDU hätte keine Ahnung von der Lebenswirklichkeit von Millionen von Menschen,

ist das fatal; so kann man kein Vertrauen gewinnen. Wir haben darüber gesprochen, wie wir bei Arbeitnehmern und in der Industriearbeiterschaft erfolgreicher werden können. So auf jeden Fall nicht.

Viele in der CDU fordern mehr Marktwirtschaft und weniger Staat. Ist die soziale Verantwortung auch angesichts geopolitischer Spannungen und des globalen Wettbewerbs in Gefahr?

Was heißt hier mehr Marktwirtschaft? Wir als CDU haben nie für „Marktwirtschaft pur“ gekämpft, sondern wir sind die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Wir sind keine Marktradikalen. Ich werde nicht müde, das zu betonen. Und dass wir zu Veränderungen kommen müssen, kann doch niemand bestreiten. Aber wenn wir etwa die Bemühungen erhöhen, die Energiekosten zu senken und Bürokratie abzubauen, muss das nicht zwingend mit dem Abschmelzen von Arbeitnehmerschutzrechten oder mit dem einseitigen Abwälzen bestimmter Kosten auf die Arbeitnehmerseite einhergehen. „Marktwirtschaft pur“ ist keine Position der CDU.

Viele Bürger haben den Eindruck, Arbeiten lohnt sich nicht mehr, auch angesichts hoher Steuern und Sozialabgaben ...

Das wird immer gern und schnell gesagt, und an manchen Stellen trifft das auch zu, gerade in den Ballungsgebieten, wo die Mietkosten sehr hoch sind und zugleich auf niedrige Einkommen treffen. Wenn Sie beispielsweise den Stundenlohn einer Verkäuferin oder Zahnarzthelferin nehmen und damit in München leben, können Sie ohne zusätzliche Transfereinkommen in dieser Stadt nicht leben. Die Menschen stellen sich dann die Frage, wo sich ein Unterschied zwischen Arbeiten und Nicht-Arbeiten bemerkbar macht und wofür sie das eigentlich machen. Es bleibt gar nichts übrig, ich kann mir überhaupt nichts mehr gönnen, und andere machen den ganzen Tag „La Paloma“ und liegen auf der Couch.

Ein weiteres Problem für Industrie und Handwerk ist der Fachkräftemangel.

Es gibt unterschiedliche Ansätze, ihm zu begegnen. Wenn es das *eine* Werkzeug gäbe, mit dem wir dieses Problem beheben könnten, dann würde es längst benutzt werden. Ich finde es richtig, dass aus dem Bürgergeld die neue Grundsicherung geworden ist. Wir müssen insgesamt die Anstrengung erhöhen, um auch Menschen, die langzeitarbeitslos sind, wieder in den Arbeitsmarkt zurückzuführen, und zwar nicht nur aus Gerechtigkeitsgründen, sondern weil Arbeits- und Fachkräfte schlicht und ergreifend gebraucht werden.

Es gibt an manchen Stellen nicht nur einen Fachkräfte-, sondern auch einen Arbeitskräftemangel, verursacht durch die demografische

Entwicklung. Wir kommen auch nicht an Zuwanderung in den Arbeitsmarkt vorbei. Damit beschäftigen wir uns auch auf europäischer Ebene: Stichwort Talentpool, wo es um die Frage geht, wie wir das Matching zwischen Menschen aus Staaten außerhalb der Europäischen Union und dem, was wir auf unseren Arbeitsmärkten in Europa suchen, verbessern können.

Am 6. Mai 2026 ist die Bundesregierung ein Jahr im Amt. Was waren aus Ihrer Sicht wichtige Impulse, und welche Reformen müssen jetzt angegangen werden?

Aus Arbeitnehmersicht sind einige Dinge angepackt worden, die erstaunlicherweise in der öffentlichen Debatte kaum eine Rolle spielen. So ist etwa die Erhöhung der Pendlerpauschale, für die wir uns als CDA lange eingesetzt haben, zum 1. Januar 2026 umgesetzt worden. Gleiches gilt für die Anpassung der Ehrenamtspauschale. Auch die Entscheidung, die Stromsteuer und die Netzentgelte zu senken, sowie der Wegfall der Gasspeicherumlage sollen einen Beitrag leisten, um Industriearbeitsplätze in Deutschland zu halten.

Diese Regierung hat angefangen zu liefern, aber es ist auch noch einiges zu tun. Aus meiner Sicht, und darüber beginnen jetzt die Diskussionen mit der SPD, muss es eine Einkommensteuerreform, Stichwort „Mittelstandsbauch“, geben. Auch die Stromsteuersenkung für alle steht noch aus. Da haben wir eine klare Erwartungshaltung. Das Thema Sozialreform steht ebenso auf der Agenda. Wir haben eine Rentenkommission, die im Juni ihre Ergebnisse präsentieren soll. Wir haben eine Sozialstaatskommission, die ihre Ergebnisse bereits präsentiert hat. Wir haben noch eine Diskussion über Gesundheit und Pflege.

Jetzt geht es darum, diese Diskussionen zu strukturieren und miteinander zu verzahnen. Denn das eine ist, dass wir in der CDU bei diesen Themen eine gemeinsame Haltung brauchen, und das andere, dass diese gemeinsame Haltung mit der SPD in der Bundesregierung in konkrete Politik umgesetzt werden muss. Neben den außenpolitischen Herausforderungen, die jeder täglich in den Nachrichten sieht, besteht die historische Aufgabe darin, die erforderlichen Reformen in dieser Koalition auch zu liefern.

Das Interview führte Ralf Thomas Baus am 18. März 2026.